



PRESSEMITTEILUNG

Energiepreise bremsen die Bauwirtschaft

Baugewerbe fordert schnelles maßgeschneidertes Entlastungspaket bei gleichzeitiger Ausweitung der öffentlichen Investitionen

Berlin, 27.10.2022. „Es muss jetzt dringend ein auf die Bedürfnisse der Unternehmen maßgeschneidertes Entlastungsprogramm entwickelt und in kürzester Frist umgesetzt werden“, fordert Dr. Manja Schreiner, Hauptgeschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau zur Situation im Baugewerbe in Berlin und Brandenburg. „Dazu zählt aus unserer Sicht unter anderem die unverzügliche Einführung einer Gaspreisbremse bereits beim Einspeisen in das Marktsystem, um starke Verwerfungen in den Wertschöpfungsketten zu vermeiden. Gleichzeitig sollten den Unternehmen die Steuervorauszahlungen erlassen werden. Damit würde gerade bei den kleineren Unternehmen kurzfristig die Liquidität gesichert.“

Sie ergänzt: „Außerdem brauchen wir eine stärkere Harmonisierung und Vereinfachung des Baurechts und eine Beschleunigung und Vereinfachung der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Damit würden wir zusätzliche Kostentreiber beim Bauen minimieren. Zusätzlich müssen die öffentlichen Investitionen ausgeweitet werden, um den Unternehmen weiterhin Aufträge zu garantieren und die dringend benötigte Erneuerung z.B. der Infrastruktur voranzutreiben.“

„Die Energie-Probleme und damit die Preissprünge drohen sich mit Blick auf den nächsten Winter zu verschärfen. Der Rückgang der Baugenehmigungen in den letzten Monaten zeigt deutlich, dass auch die Bauherren sehr stark verunsichert sind und bei den aktuellen Rahmenbedingungen lieber nicht in neue Bauprojekte investieren wollen“, sagt Manja Schreiner. Auch die öffentliche Hand ist aufgrund der gestiegenen Preise bei der Ausschreibung von Sanierungen und neuen Bauprojekten eher zurückhaltend. „Der Investitionsbedarf z.B. in Schulen, Infrastruktur aber auch in neue Wohnungen ist jedoch riesig“, weiß Manja Schreiner.

„Aktuell fehlen für einen Großteil der Unternehmen durchgreifende wirtschaftspolitische Maßnahmen. Die Firmen können aber nicht länger auf ein Ende der Debatten um den „Doppel-Wumms“ warten. Daher brauchen wir sofort die Unterstützung der Politik für die kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Bauwirtschaft“, fordert sie.

Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V. vertritt die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft in Berlin und Brandenburg. Sie betreut rund 900 Mitglieder und ist damit der größte Bauarbeitgeber- und Bauwirtschaftsverband in der Region. Weitere Informationen unter www.fg-bau.de

Pressesprecher:
Thomas Herrschelmann
Tel.: 030 / 86 00 04-57 | Mobil: 0151 / 422 670 76
E-Mail: herrschelmann@fg-bau.de